



momox.com/sale



A-h7w7nw

## Europa gibt es wirklich!

Es entwickelte sich in mehr als tausend Jahren aus der Vielfalt seiner Menschen und ihrer Kulturen, seines Lebensraums und dessen Erhalt.

Gleichwohl ist seine Geschichte ein Ablauf von Mit- und Gegeneinander, eine Chronik von Bündnissen, Kriegen, Friedensschlüssen und wieder Kriegen.

Nach diesen Jahrhunderten der Zersplitterung versucht Europa nun zusammenzuwachsen.

Bernd Posselt, erfahrener Europapolitiker und Publizist, erzählt Europa – historisch, kulturell, religiös, kulinarisch und politisch. Kritisch sieht er, dass das europäische Einigungswerk in Vielem stecken geblieben ist und es von Nationalisten und Populisten, aber auch von Renationalisierungstendenzen in den Einzelstaaten bedroht wird.

Tief taucht er in die Geschichte Europas ein, erzählt von prägenden Persönlichkeiten der europäischen Einigung, befasst sich mit den Grundlagen von Demokratie und europäischem Lebensmodell und legt Entwürfe für die Zukunft der EU vor.

**Eine Ermutigung zum Glauben an Europa!**

ISBN 978-3-7917-3042-4



9 783791 730424

# Bernd Posselt erzählt Europa

## Geschichte und Personen – Bauplan und Visionen

weitgehende, gegenseitig garantierte Volksgruppenrechte; die Grenzfrage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Treueerklärung der Deutschen um Apenrade gegenüber dem dänischen Königshaus und der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde für die Dänen rings um Flensburg bei schleswig-holsteinischen Landtagswahlen aus der Welt geschafft. Die dänischen Nationalisten gefährden dies mittlerweile, indem sie ihrer Volksgruppe in Schleswig-Holstein zurufen, diese müsse sich als Instrument Kopenhagens zur Wiederherstellung der alten deutsch-dänischen Grenze aus den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts verstehen, um die damals heftig Krieg geführt worden war.

Auch ganz im Süden kehrten vor einiger Zeit die Gespenster der Vergangenheit wieder. So flammte im Straßburger Europaparlament plötzlich die Gibraltar-Frage auf, weil angesichts des Brexit führende Politiker der englischen Konservativen und einflussreiche Generäle mit Krieg gedroht hatten, falls Spanien unter den veränderten Bedingungen kritische Fragen nach dem seit dem Frieden von Rastatt 1714 sehr komplizierten Status der britischen Kronkolonie zu stellen wage.

Die innereuropäischen Grenzen sind vielfach Wunden der Geschichte, ihre Öffnung hat diese sowohl weitgehend geheilt als auch den Alltag der Menschen spürbar verbessert. Wenn im Elsaß und in Baden jeden Tag zehntausende von Arbeitnehmern auf die jeweils andere Seite fahren, um dort ihrem Beruf nachzugehen, wenn die Schüler im oberbayerischen Kiefersfelden im österreichischen Kufstein das Gymnasium besuchen, weil es näher ist als das ursprünglich zuständige in Rosenheim, wenn im niederösterreichischen Wolfsthal Slowaken liebevoll verlassene Bauernhöfe restaurieren, um von dort an ihre Arbeitsstätte in der slowakischen Hauptstadt Preßburg zu pendeln, gehört dies zu den viel zu wenig beachteten Ruhmesblättern der europäischen Einigung, mit denen es sorgsam umzugehen gilt.

## Die EU als Sündenbock

Die Hundert-Jahr-Feiern zum Ende des Ersten Weltkrieges überschatteten zweifellos ein anderes Gedenken, das 2018 in aller Stille begangen wurde: das zehnjährige Jubiläum der Rücknahme der EU-Verordnung zum Krümmungsradius der Gurke. Ganz nach dem Grundsatz, dass Totgesagte länger leben, wird einem diese Bestimmung dennoch weiterhin in nahezu jeder Versammlung unter die Nase gerieben, wenn belegt werden soll, dass die Brüsseler Bürokraten offenbar ihren Verstand verloren haben. Dabei war der Vorschlag für diese Regulierung vom Handel gekommen. Durch die Standardisierung passen mehr Gurken in eine Kiste, was den Transport erleichterte und die Menge an wegzuworfender Ausschussware verringerte.

Aufgrund der permanenten heftigen Angriffe hatten es Europaparlament und EU-Kommission satt, dauernd mit diesem Thema lächerlich gemacht zu werden. So fand die entsprechende Verordnung ihr trauriges Ende – übrigens gegen den Protest der Landwirtschaftsverbände sowie der Bundesregierung in Berlin, deren Mitglieder ebenso wie viele andere Politiker gerne in Bierzelten gegen dieses Reglement polemisiert hatten.

Seit Jahrzehnten macht die EU vor allem dann Schlagzeilen, wenn sie wirklich oder vermeintlich Skurriles produziert. Da heißt es dann plötzlich, die Kommission verbiete resche Pommes Frites, knuspriges Brot, den Bierauschank in Steinkrügen, Buntstifte und Wasserfarben. Katholiken ärgerten sich über ein vermeintliches Ablaufdatum für Hostien oder über Meldungen, Brüssel verlange regelmäßige Kontrollen der Qualität von Weihwasser. Nichts davon stimmte so, manches wurde aus dem Zusammenhang gerissen oder krass verfälscht, wieder anderes frei erfunden. Ein Problem ist auch, dass die technische Normensetzung durch Fachgremien, die es auf nationaler Ebene, etwa durch die Deutsche Industrienorm DIN oder die Einführung von Handelsklassen, genauso gab oder gibt, mit Gesetzgebung verwechselt wird.

Manche Merkwürdigkeiten hängen zudem mit der spezifischen Struktur eines Mitgliedsstaates zusammen. In Deutschland wurde bemängelt, dass die EU Mecklenburg-Vorpommern, wo es keine Seilbahn und keinen Skilift gibt,

dazu gezwungen habe, eine Legislation über diese Bereiche zu erlassen. Dabei entstand das Problem nicht durch Brüsseler Willkür, sondern durch die föderalistische Struktur Deutschlands, die den Bundesländern die Kompetenz für solche Einrichtungen gibt. Da ein EU-Gesetz aber auf dem gesamten Territorium jedes Mitgliedstaates in Kraft gesetzt werden muss, war plötzlich das flache Land an der Ostsee mit Skiliften befasst. Es geht also um eine völlig unschädliche Formalie, die man allerdings auch mit dem berühmten Satz von Karl Kraus kommentieren könnte, dass Juristen Menschen sind, die zuweilen Probleme lösen, die ohne sie nicht bestehen würden.

Es genügt aber nicht, erstaunlich klingende Nachrichten aus Brüssel einfach pauschal für falsch zu erklären. Gerade weil sie es oft sind, muss man diejenigen, die zumindest teilweise zutreffen, von der Wurzel her anpacken, wie dies das Europäische Parlament schon in seiner Gründungsphase ab 1979 tat, als es die Verabschiedung einer so genannten „Schaukelpferdrichtlinie“ verhinderte. Dieser antibürokratischen Tradition ist Straßburg seither meist treu geblieben.

Wer wissen will, welcher bürokratische Unfug wahr ist und welcher nicht, eventuell auch, um seinen Europaabgeordneten zu mobilisieren, kann dies auf den Webseiten des Europaparlamentes und der EU-Kommission ermitteln.

Schon Franz Josef Strauß, eigentlich ein begeisterter Europäer, pflegte den Bürokratismus wählerwirksam anzuprangern mit dem von einem deutschen Bankier in die Welt gesetzten Bonmot: „Die Zehn Gebote Gottes enthalten 279 Wörter und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300. Die Verordnung der Europäischen Gemeinschaft über den Import von Karamellbonsbons umfasst exakt 25 911 Wörter.“ Während Strauß, deswegen kritisiert, immerhin die Größe besaß, zuzugeben, dass das Ganze frei erfunden war und es nie eine Karamellbonbonverordnung gegeben hat, wurden andere Mythen jahrzehntlang medial und rhetorisch weitergeschleppt und von nahezu allen Menschen geglaubt. Was am Anfang des europäischen Einigungsprozesses vielleicht noch als Satire durchgehen konnte, beginnt sich mittlerweile zu einem massiven Imageschaden für die EU auszuwachsen.

Dabei ist die Verantwortung zwischen den verschiedenen Parteien gleichermaßen verteilt. Es war kein bayerischer Bierzeltredner, sondern der hanseatische Bundesfinanzminister der SPD/FDP-Regierung von Helmut Schmidt, der Sozialdemokrat Hans Apel, der den Spruch von Deutschland als dem „Zahlmeister Europas“ erfand. Der CSU-Europaabgeordnete Heinrich Aigner als Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament widerlegte in zahlreichen Studien und Reden die mit Apels Satz einhergehende Behauptung, ausgerechnet Deutschland profitiere von der europäischen Inte-

gration weniger als andere und werde immer nur zur Kasse gebeten. Heute vernimmt man Letzteres aber leider überparteilich an nahezu allen Stammtischen der Republik. Was dabei ausgeklammert wird, ist, dass Deutschland als Land in der Mitte Europas mehr als andere von dessen Friedensfunktion und als stärkste Industriemacht mehr vom Binnenmarkt und seinen Exportmöglichkeiten profitiert als die übrigen Staaten. 57 Prozent der deutschen Exporte gehen in EU-Mitgliedsländer.

Jenen Europakritikern aller Parteien, denen beim Thema EU nichts anderes einfällt als der Ruf nach Mittelkürzungen, lässt sich das Strauß-Wort entgegenhalten: „Die Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif.“ Europa braucht modernste Infrastruktur, eine gemeinsame Forschungspolitik, die den Konkurrenten auf anderen Kontinenten zumindest gewachsen ist, einen endlich funktionierenden Außengrenzschutz und wirksame Verteidigungsmöglichkeiten, was allesamt Geld kostet, aber eine lohnende Investition in die Zukunft bedeutet.

Aus vielen Köpfen ist der Irrglaube nicht zu verbannen, dass der Zusammenschluss der Europäer über einen gigantischen Haushalt und eine aufgeblähte Riesenbürokratie verfüge. Dabei hat die EU mit ihren rund 450 Millionen Einwohnern nicht viel mehr Beamte als die Stadt Köln und ihr Budget entspricht vielleicht der Hälfte des deutschen Bundeshaushalts. Etwas über ein Prozent des von den Europäern erwirtschafteten Bruttosozialprodukts fließt in die gemeinsame Kasse, der Löwenanteil verbleibt in den Händen der Mitgliedstaaten – die auf Gebieten wie Verteidigung und Forschung ungleich viel effizienter und sparsamer arbeiten könnten, wenn sie sich gemeinschaftlich darum kümmern. Kaum bekannt ist, dass die EU anders als jeder Kreis- oder Bezirkstag keine Schulden machen, sondern nur so viel ausgeben darf, wie sie einnimmt. Den Rahmen für die Einnahmen legen die Mitgliedstaaten in einer mehrjährigen Vorausschau einstimmig fest.

Statt diese wichtigen Tatsachen unters Volk zu bringen, wird nach wie vor versucht, Ängste zu schüren und absurde Mythen zu verbreiten, jetzt auch noch durch die so genannten Sozialen Netzwerke in den neuen Medien. Diese bieten jedoch umgekehrt wieder die Chance, die richtigen Fakten zu publizieren, was europäische Institutionen und Organisationen vor zusätzliche Aufgaben stellt.

Eine Gruppe von Falschmeldungen macht sich die Angst vor Wettbewerb und Konkurrenz, vor Freizügigkeit und offenen Binnengrenzen zunutze.

Im Umfeld der ersten Europawahl 1979 hatte die Brauerei Fischer im Elsaß gegen das deutsche Reinheitsgebot des Bieres geklagt, weil dieses eine protektionistische Maßnahme sei. In der Tat konnte Fischer sein „Chemiebier“, das

manchen durchaus mündete, nicht in Deutschland verkaufen, weshalb der Erzeuger damals beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Recht bekam. Die Wirkung war jedoch eine völlig andere als düster prophezeit: Das Reinheitsgebot wurde durch den Streit europaweit bekannt. Große Münchner Brauereien, die bis dahin ins Ausland ebenfalls ein nicht nach herzoglich bayerischen Regeln erzeugtes Gebräu exportiert hatten, machten auf dem französischen Markt plötzlich Reklame mit dem „loi de pureté“, also dem traditionellen Reinheitsgebot. Dieses ist in Deutschland nach wie vor eine von der EU unangetastete Vorschrift, was die Bierherstellung betrifft. Wer will, kann aber auch in deutschen Supermärkten niederländisches Himbeerbier erwerben, sofern dies nicht mangels Nachfrage aus dem Angebot genommen wurde.

Der EU-Verfassungsvertrag scheiterte bei einem Referendum in Frankreich Anfang des 21. Jahrhunderts vor allem aus innenpolitischen Gründen, aber auch, weil die Furcht vor einem imaginären „polnischen Klempner“ geschützt wurde, der im Gefolge der EU-Osterweiterung den heimischen Kräften die Arbeit wegnehme. Heute herrscht gerade in den Handwerksberufen in etlichen europäischen Regionen ein derartiger Arbeitskräftemangel, dass Facharbeiter aus Nachbarländern mit Bussen herbeigeführt werden, um zumindest die notwendigsten Stellen zu besetzen. Es gibt zwar auch eine bedrohliche Jugend Arbeitslosigkeit, vor allem im Süden unseres Kontinents. Dieser kann aber nur durch Flexibilisierung, besseren Austausch und die Förderung einer soliden Ausbildung nach dem Muster des dualen Systems wie in Deutschland beigegeben werden, nicht durch für die Wirtschaft und damit auch für die Arbeitnehmer tödliche Abschottung.

Zu Recht wütend sind EU-Bürger, wenn in ihrem jeweiligen Land niedrigere Qualitätsstandards herrschen als bei den Nachbarn. So verkauften deutsche und französische Lebensmittelkonzerne in Polen und in der Tschechischen Republik deutlich schlechtere Produkte als in Deutschland oder Österreich. Die daraus entstandene Empörung griff EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner großen Reformrede vom 6. September 2017 im Straßburger Europaparlament auf. Anschließend begannen bei aller Entbürokratisierung intensive Bemühungen, das Verbraucherschutzniveau in den verschiedenen Mitgliedstaaten noch besser aneinander anzugleichen.

Entbürokratisierung findet übrigens durchaus statt – auf der Grundlage des Binnenmarktes, der zum Beispiel die Telekommunikation entstaatlicht hat und einige Jahre später aufgrund des Einsatzes der oberbayerischen Europaabgeordneten Angelika Niebler die diskriminierenden und teuren Roaming-Gebühren innerhalb der EU abschaffte. Viel zu wenig beachtet wird aber auch

die bewusste Politik der Kommission Juncker, nur noch einen Bruchteil an Richtlinien und Verordnungen auf den Weg zu bringen wie die Vorgängerkommission. Deren Präsident José Manuel Durão Barroso hatte immerhin schon angefangen, einen Entbürokratisierungsprozess einzuleiten, indem er damit eine ehrenamtliche, aber sehr kompetente Beratergruppe um den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber beauftragte. Die von diesen Experten – darunter Roland Berger – gemachten Vorschläge sparten Milliarden, sind aber nur langsam und schrittweise umzusetzen. Solche Informationen gehen offenbar unter in einer Flut von Mythen, um deren Aufklärung sich publizistisch hochbegabte Informationsbeamte der EU wie Klaus Löffler, Jan Kurlmann, Jochen Kubosch, Frank Piplat oder Tobias Winkler große Verdienste erworben haben.

Einen bestimmten Vorgang halte ich für besonders charakteristisch. So titelte eine Münchner Boulevardzeitung, die wahnsinnigen Eurokraten in Brüssel wollten die tief ausgeschnittenen Dirndl der Bediensteten in bayerischen Biergärten ebenso verbieten wie den bloßen Oberkörper von Arbeitern auf Baustellen, weil beides bei Sonnenschein die Gesundheit der Betroffenen gefährde. Das Wort „Sonnenscheinrichtlinie“ war geboren. Der Hintergrund: Deutschlands Industrie hatte bei der Bundesregierung darauf gedrängt, die Verordnungen über Strahlenschutz am Arbeitsplatz EU-weit zu vereinheitlichen, weil diese in der Bundesrepublik strenger und damit teurer umzusetzen waren als etwa in Frankreich, was die deutsche Wirtschaft als Wettbewerbsnachteil wertete. Die Gewerkschaften zogen mit Blick auf das Wohlergehen der ihnen Anbefohlenen nach – so weit, so vernünftig. Auf dem Weg durch die Gremien mischte sich dann eine Gruppe ein, die ich gerne die Menschheitsbeglückter nenne. Das sind jene, die andere gesünder und glücklicher machen möchten, ob diese das wollen oder nicht. Sie bestanden darauf, auch die natürlichen Strahlungen in die Regelung mit einzubeziehen. Dass die Sonne in Schweden weniger intensiv scheint als in Spanien, dass manche Belastungen seit Jahrhunderten als unproblematisch empfunden werden und außerdem nur saisonal sind, wie die Sonne im Biergarten, spielte für diese Regelungswütigen keine Rolle. Das Europaparlament stoppte das Ganze mit einer Klausel, wonach jeder Mitgliedstaat beschließen kann, die natürlichen Strahlungen aus dieser Gesetzgebung auszuklamern. Obwohl die Aufregung nirgends so groß gewesen war wie in Deutschland, nutzte niemand in Berlin anschließend diese Möglichkeit.

Dieses Beispiel belegt, dass Europapolitik, wie die Arbeit auf jeder politischen Ebene, nicht einfach hingenommen werden darf, sondern aktiv gestaltet

werden muss. Dies ist aber nur möglich, wenn die Menschen besser als bisher erfahren, wer für was zuständig ist und wer was entschieden hat. Jean-Claude Juncker erwarb auch hier große Verdienste, weil er durchsetzte, dass außer dem Europaparlament, das im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich debattiert und entscheidet, auch der Rat, also das Organ der nationalen Regierungen, bei der Gesetzgebung deutlich machen muss, wie die einzelnen Ländervvertreter votiert haben. Damit sollen in Zukunft Manöver unterlaufen werden wie jenes beim so genannten Glühbirnenverbot, das als unbequeme Entscheidung von Berlin auf dem Umweg über Brüssel durchgedrückt wurde. Der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel war überzeugt, dass dieser massive Eingriff in jeden privaten Haushalt nötig sei, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen, sagte dies aber nicht selbst den kritischen Wählern, sondern ließ sogar zu, dass die von ihm als Mitglied des Rates mit getroffenen Beschlüsse von seinen eigenen Kollegen zuhause medial wieder in Frage gestellt wurden.

Jahrzehntlang verfuhr man nach dieser Methode in der Annahme, dass die Europäische Einigung zum einen auch weiterhin als unverzichtbar akzeptiert werde und sich zum anderen so weit weg vom Wähler vollziehe, dass dieser niemals die wirklichen Hintergründe erfahren würde. Dem entsprachen und entsprechen immer noch viele Europareden in den Nationalstaaten: Zuerst wird saftig und mit blumigen Beispielen auf den Eurokratenwahnsinn geschimpft, um diese Kanonade schließlich völlig zusammenhanglos in einen gerührten Schlussakkord über die einzigartige Friedensleistung Europas münden zu lassen.

Ein altes Sprichwort sagt, dass der Krug zum Brunnen geht, bis er bricht. Die jahrzehntelange Aufregung über wahre und falsche Bürokratismen hat eine Stimmung erzeugt, die den Europäischen Institutionen jeden möglichen Unfug unterstellt. Dieses Klima nutzen nationalistische und populistische Parteien, um das Vertrauen in die europäische Ebene immer weiter zu erschüttern. Unter diesen Umständen können verantwortungsbewusste nationale oder regionale Politiker nicht länger ihr Schwarze-Peter-Spiel fortsetzen, um von bürokratischen Fehlentwicklungen auf ihrer Ebene abzulenken oder billig den Beifall des Publikums einzuheimsen.

## Auch Europa braucht Grenzen

**1984,** also fünf Jahre vor dem Ende der Teilung Deutschlands und Europas, löste ein Brief aus Rabat in Brüssel und Straßburg größte Verlegenheit aus: Das nordafrikanische Königreich Marokko beantragte seine Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Bis dahin hatte man sich um Antworten auf die Frage nach den Grenzen Europas immer diplomatisch herumgedrückt. Der Atlantik und das Mittelmeer schienen die Ränder unseres Kontinents eindeutig zu markieren, und der Eisernen Vorhang galt für die Meisten als dauerhaftes Phänomen. Politiker und Intellektuelle erklärten zum Thema Europäische Ostgrenze meist floskelhaft: „Die verläuft dort, wo die Grenze der Freiheit ist.“ Für Paneuropäer war dies inakzeptabel, denn die Länder hinter den Stacheldrähten und Minenfeldern waren für uns mindestens so sehr europäisch wie die im Westen. Die Europäische Gemeinschaft betrachteten wir bereits damals als Ausgangspunkt für ein freies Gesamteuropa vom Atlantik und vom Mittelmeer bis an die Grenzen Russlands – ein Konzept, das die Paneuropa-Union schon in der Zwischenkriegszeit, in der es keinen Eisernen Vorhang gab, verfochten hatte und das auch heute wieder aktuell ist.

Und nun kam die Gretchenfrage aus Marokko. Dieses war und ist strategisch von überragender Bedeutung, und sein damaliger König Hassan II. lebte mehr mit den europäischen Entwicklungen als mit den afrikanischen. Das drückte sich unter anderem dadurch aus, dass sein Sohn, der jetzige König Mohammed VI., einige Zeit als Praktikant im Präsidentenbüro des Europäischen Parlamentes arbeitete. Hassan II. machte damals sogar einen Vorschlag zur Debatte, ob Straßburg, Luxemburg oder Brüssel die parlamentarische Hauptstadt Europas sein sollte, indem er den Bau eines prachtvollen Plenarsaales auf seine Kosten in Casablanca anbot.

1986 nahm ich gemeinsam mit Otto von Habsburgs Tochter Walburga und dem Journalisten Karl-Heinz Reger von der „tz“ am 25. Thronjubiläum Hassans II. in Marrakesch teil. Bei einem Abendessen bestürmten uns die vier Privatsekretäre des Monarchen unter Einsatz von mehreren Litern besten Rotweines mit der Forderung, Marokko als ein europäisches Land zu akzeptieren.